Geld entwertet sich und Waren sowie Dienstleistungen werden laufend teurer. Um die Mieter zu schonen, hat man sich darauf geeinigt, nur alle zwei Jahre die Mieten von 500.000 Altbau- und Gemeindewohnungen um die Inflationsrate anzuheben. Im Vorjahr wäre es wieder so weit gewesen, aber auf Grund der Pandemie wurde die Anhebung verschoben. Zuletzt wurden Rufe lauter, sie auch heuer auszusetzen. Manche fordern aber eine Entlastung für alle Mieter.

Brauchen Mieter eine zusätzliche Entlastung?

JA

Elke Kahr,
Grazer Bürgermeisterin (KPÖ)

„Die Ausgleichszahlung der Bundesregierung für die enorm gestiegenen Energiepreise wird nicht reichen, um die Haushalte zu entlasten. Die Mieten sind schon lange einer der größten Preistreiber in Österreich. Bei der Steigerung der Wohnkosten belegt unser Land seit Jahrzehnten einen unrühmlichen Spitzenplatz in Europa. Deshalb ist es dringend nötig, die Mieterhöhungen, die ab 1. April 2022 einen großen Teil der Bevölkerung treffen werden, zu stoppen. Die Erhöhung der gesetzlichen Richtwertmieten wird etwa sechs Prozent ausmachen – während viele bei ihren Einkommen große Einschnitte erleben. Im Verhältnis zu den Lebenskosten sind die Jahreseinkommen seit Beginn der Corona-Pandemie real um 13 Prozent gesunken. Wir brauchen deshalb dringend eine Deckelung aller Mieten durch den Nationalrat und einen gesetzlichen Stopp der Mieterhöhung. Darüber hinaus müssen Bund, Länder und Gemeinden deutlich mehr in den Bau von kommunalen, öffentlichen und leistbaren Wohnungen investieren. Wenn die Wohnungspolitik im Wesentlichen dem ‚freien Markt' überlassen wird, wird sich das unweigerlich in überhöhten Mieten niederschlagen."

Foto: Christian Jungwirth

NEIN

Martin Prunbauer,
Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB)

„„Rund 60 Prozent aller Mietverhältnisse in Österreich zählen zum sozialen Wohnbau. Mit diesen 60 Prozent könnten sehr leicht alle versorgt werden, die förderwürdig sind. Die öffentliche Hand müsste daher nur die eigenen Hausaufgaben machen und nicht ihre Aufgaben auf private Vermieter auslagern. Ein Großteil dieser Bewohner im Sozialen Wohnbau verdient überdurchschnittlich gut und profitiert zu Unrecht von günstigen Mieten. Um der befürchteten Ghettobildung vorzubeugen, sollten alle, die es sich leisten können und im ‚Gemeindebau' leben, einen angemessenen Mietzins zahlen. Der Mehrbetrag, allein in Wien wären das rund 123 Millionen Euro pro Jahr, soll jenen zugutekommen, die sich am privaten Wohnmarkt versorgen müssen, weil Gemeindewohnungen durch ‚Wohlhabende' besetzt sind. Überregulierungen und Beschränkungen schaden letztendlich auch den Mietern. Das österreichische Mietrecht zählt weltweit zu den am strengsten regulierten Mietrechtssystemen. Dabei ist die alle zwei Jahre gesetzlich vorgesehene Richtwertanpassung an die Inflation eine bescheidene Möglichkeit, den Werterhalt sicherzustellen und notwendige Investitionen vorzunehmen."

Foto: Michael Buechling